



Der Steinadler und sein Schwefelgeruch - Das neue Mittelalter

Buch, 464 Seiten, gebunden,
mit zahlreichen Abbildungen
Euro 14,90, SFr 26,80 + Versand
ISBN 978-3-9808322-3-6

Zu bestellen per E-Mail bei Verlag Das Weisse Pferd:

info@das-weisse-pferd.com

Oder über <http://buchbestellung.spart-euch-die-kirche.de/dersteinadler/index.php>

Kapitel 3 (S. 169-202)

DIE VERFOLGUNG DER URCHRISTEN IM UNIVERSELLEN LEBEN

Abschnitt 2

ERSTE BETRIEBE ENTSTEHEN – UND DAS UNIVERSELLE LEBEN

(1984)

Mit Exkurs: Angriffe gegen Marktstände der Urchristen (1984-2003)

Das Heimholungswerk Jesu Christi war inzwischen zu beachtlicher Größe herangewachsen. In weit über hundert Treffpunkten, sogenannten Inneren Geist=Christus-Kirchen, im In- und Ausland versammelten sich Christusfreunde, Bücher wurden in die wichtigsten europäischen Sprachen übersetzt, Tausende von Menschen besuchten Kurse des Inneren Weges oder machten die Schulung zu Hause mit Hilfe von Cassetten oder Büchern. Gabriele fuhr nach Italien, Spanien, Frankreich, ja sogar bis nach Finnland und in die USA, um Großoffenbarungen zu geben. Das geistige Fundament war gelegt – und der nächste Schritt erfolgte: die Gründung des Universellen Lebens.

Am 8. April 1984 offenbarte sich Christus in der Mainzer Rheingoldhalle und sprach: „Als Jesus von Nazareth versprach Ich das Reich des Friedens, das Reich der Einheit, das Reich der Liebe, in diesem Reich alle Menschen Brüder sind. ... Ich habe Mich aufgemacht, um Mein Wort, das Ich als Jesus von Nazareth sprach, wahrhaftig werden zu lassen. Ich habe, wie zu allen Zeiten, so auch in der Jetztzeit Menschen gerufen, die sich nach der Wahrheit sehnen. ... Sie stehen an Meiner Seite und sind bestrebt, das zu verwirklichen und zu erfüllen, was Ich als Jesus von Nazareth verkündet habe ... Als Ich Mein Wort durch Mein Instrument erhob, nannte Ich dieses aufblühende Werk, das den Weg nach Innen, zur Freiheit, zur Wahrheit und zur Liebe lehrt, Heimholungswerk Jesu Christi. ... Und sie bauten mit Mir, sie gründeten mit Mir, sie beten und arbeiten und stehen an Meiner Seite, um das in die Welt zu tragen, was Ich angekündigt habe: ein Reich des Friedens und der Liebe. Doch dieses Friedensreich muss zuerst in jedem einzelnen von euch erschlossen werden. Denn

wenn aus eurem Inneren nicht Liebe und Frieden strömen, wenn eure Seele nicht verwurzelt ist in dieser großen ewigen Pracht, dann kann aus eurem Inneren nicht Liebe und Frieden strömen ... Und in dieser Stunde rufe Ich in die Unendlichkeit hinaus, auch in die Herzen der hier anwesenden Theologen: Was Ich auf das Fundament des Heimholungswerkes Jesu Christi baue, ist das Universelle Leben, die Innere Religion, die wahre Weltreligion und das Friedensreich Jesu Christi. Wer es fassen kann, der fasse es! Ich werde wahr machen, was Ich als Jesus von Nazareth versprach, denn Ich Bin der Weg und die Wahrheit, Ich Bin das Leben.“

Das Universelle Leben ist also der Schritt vom Inneren zum Äußeren: Was im Inneren gewachsen ist, soll auch im Äußeren sichtbar werden. Dazu gehört auch, dass Menschen, die dabei mithelfen wollen, sich im Äußeren zusammenschließen, dass sie gemeinsam wohnen und Betriebe und Sozialeinrichtungen gründen. Wohl gemerkt: Diejenigen, die dies wollen. Die Mehrzahl der Menschen, die vom Heimholungswerk und vom Universellen Leben erfahren, bleiben weiterhin an ihrem angestammten Wohnort, besuchen Veranstaltungen und Kurse, lesen Bücher; viele beschreiten den Weg zu Gott im eigenen Inneren. Dies ist bis heute so. Aber einige wenige begannen nun damit, Betriebe und Einrichtungen zu gründen, um zu beweisen, dass die Bergpredigt auch im Wirtschaftsleben in die Tat umgesetzt werden kann. Die Bergpredigt als Grundlage der gemeinsamen Arbeit bedeutet: Es gibt kein Oben und Unten, sondern alle entscheiden gemeinsam, was getan werden soll. Es gibt auch keine nennenswerten Gehaltsunterschiede, es sei denn als Zulage für Kinder. Konflikte werden gelöst, indem jeder zunächst seinen eigenen Anteil sucht und bereinigt. Jeder bemüht sich, seine Fähigkeiten für das Wohl des Betriebes einzusetzen und sich mit seinen gedanklichen Kräften auf die Arbeit zu konzentrieren.

Wer diese Regeln bejaht, kann in einem Christusbetrieb mitarbeiten – auch wenn er den Glauben der Urchristen nicht teilt. Von Anfang an waren und sind in den von Urchristen aufgebauten Betrieben auch Mitarbeiter anderer Glaubensrichtungen beschäftigt. Man vergleiche dies mit der Praxis der kirchlich geführten Betriebe, wo meist streng auf die Kirchengliederung der Mitarbeiter geachtet wird, auch wenn der Staat die Einrichtung – z.B. einen Kindergarten oder ein Krankenhaus – zu 90 bis 100 Prozent finanziert.

Die Betriebe und Einrichtungen der Urchristen wie Bauernhöfe, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, Kindergärten, eine Schule, eine Klinik, eine Sozialstation und weitere werden uns alle noch beschäftigen – denn es gab keinen Betrieb und keine Einrichtung, die nicht von den Kirchen massiv angegriffen wurde. Im vorliegenden Abschnitt geht es zunächst um die Landwirtschaft und – in einem Exkurs – um die daran angeschlossenen Märkte.

Der erste Bauernhof – und der erste Verleumdungsangriff

Denn der erste Angriff erfolgte schon bald nach der Gründung des ersten Bauernhofes. Im Ortsteil Ruppertzaint in der Gemeinde Arnstein nordöstlich von Würzburg erwarben einige Urchristen einen kleineren Bauernhof, räumten ihn auf, renovierten die Gebäude und begannen, auf friedfertige Weise Gemüse und Getreide anzubauen. Der naturgemäße Anbau entspricht dem urchristlichen Gedankengut, wonach der Geist Gottes die gesamte Schöpfung durchströmt und alles von Ihm beatmet wird. Die Natur gilt es daher zu pflegen und zu erhalten. Tiere leben zwar auf dem Hof, werden aber nicht kommerziell genützt, vor allem nicht geschlachtet, denn Urchristen sind Vegetarier. Sie verwenden auch keinen tierischen Dünger für die Felder, sondern pflanzlichen, z.B. Kleie, Laub, natürliche Mineralstoffe und dergleichen. Alle drei Jahre darf ein Feld sich ausruhen, liegt also brach. Ihre Produkte verkauften die Landwirte, die zum Teil schon einschlägige Landbau-Erfahrung

mitbrachten, auf dem nahe gelegenen Wochenmarkt von Würzburg. Das aber rief unweigerlich die kirchliche Obrigkeit auf den Plan: Menschen, die gemeinsam leben und arbeiten und sich dabei an religiösen Zielen orientieren? Die religiöse und wirtschaftliche Betätigung miteinander verbinden? Klöster dürfen das. Aber was ist mit Menschen, die außerhalb der Kirchen nicht nur von Religion sprechen, sondern die dabei sind, sich auch wirtschaftlich selbst zu organisieren und dadurch unabhängig zu machen? Auf die kann man ja keinen existenziellen Druck mehr ausüben, sie zum Beispiel bei ihren Arbeitgebern anschwärzen. Das darf nicht sein!

Die Kirche entschließt sich in dieser Situation, ihre Verleumdungen über den Kreis der „eigenen“ Medien hinaus in die Öffentlichkeit auszuweiten. Das Würzburger Bischöfliche Ordinariat veranstaltet am 16. Juli 1984 eine Pressekonferenz – mit großem Bahnhof. Nicht nur Graf Magnis tritt auf, sondern auch Domkapitular Heinz und Medienreferent Lutz. Magnis gibt die Richtung vor: Das Heimholungswerk sei eine gezielt konstruierte „Kunstreligion im Sinne von Bedürfnis und Angebot“, die zeitbedingte Bewusstseinslagen und Sehnsüchte von jüngeren und älteren Menschen „geschickt für eigennützige Zwecke zu nutzen scheint“. Das Heimholungswerk habe als „Innere Geist=Christus-Kirche“ ohne Institutionen, Satzungen und Zeremonien angefangen, stelle sich jetzt aber als „Wirtschaftsunternehmen“ dar. Das Heimholungswerk besitze „eine Villa im Millionenwert für Geistheilungen“, ein weiteres Haus für zwei Millionen und einen Bauernhof für eine Million. Hinzu komme ein vegetarisches Restaurant in Würzburg, zwei Bäckereien, eine Kosmo-Bio-Nahrungs-GmbH sei gegründet worden.

Einmal abgesehen davon, dass solche Summen im Vergleich mit dem Grund- und Immobilienbesitz der Kirche in Würzburg lächerlich sind – das Heimholungswerk besitzt all diese Einrichtungen gar nicht. Sie sind im Eigentum von Privatpersonen, die Christusfreunde sind. Doch es ist gezielt der Eindruck erweckt worden, bei den Urchristen ginge es nur ums Geld. Dass dies nur eine weitere Projektion kirchlicher Verhaltensweisen auf andere ist, bleibt den meisten Journalisten und Lesern verborgen. Die bayerische Tagespresse greift das Thema naiv und bereitwillig auf: „Anhänger werden für eigennützige Zwecke indoktriniert, Jugendliche ausgebeutet“ (Saale-Zeitung) – „Der Sektengott heißt Mammon – bereits Besitz mit Millionenwert angesammelt“ (Nürnberger Zeitung) – „Ordinariat warnt vor dubiosen Geschäften des Heimholungswerks“ (Burghauser Anzeiger) – „Netz des Heimholungswerks spannt sich über süddeutschen Raum“ (Kitzinger Zeitung) – „Das Ordinariat warnt vor Sekte“ (Main-Post) – „Mickriger Rettich als Beweis für Interessen – Ordinariat warnt vor Heimholungsbetrieben“ (Münchener Merkur) – „Ein mickriger Radi als Beweis für Geschäfte im Namen Jesu – Ordinariat: Verquickung von Religion und Kommerz!“ (Donau-Kurier) – so lauten die Schlagzeilen, wobei sich der „Radi“ auf einen halb verwelkten Rettich bezieht, den Graf Magnis einige Tage vor der Pressekonferenz am Würzburger Marktstand hatte erwerben lassen und den er nun stolz als „Beweis“ (wofür eigentlich?) vorzeigte.

Die Presse übernimmt ungeprüft die lächerlichen Vorwürfe des Würzburger Bischofs – also reagieren die Urchristen wieder mit einer großformatigen Anzeige. Sie erachten es jedoch nicht als erforderlich, auf die absurden Anschuldigungen der Kirche im einzelnen einzugehen – denn was soll schon Böses daran sein, wenn man nicht nur sein Privatleben nach der Bergpredigt gestaltet, sondern auch das Arbeitsleben mit einbezieht? So stellen die Urchristen am 28. Juli 1984 in der Main-Post („Wir sind wieder auferstanden!“) lediglich richtig, dass das Heimholungswerk keinen Besitz hat und dass „Möglichkeiten für selbstsüchtige und dubiose Geschäfte ... bei uns ausgeschlossen“ sind. Sie weisen ansonsten auf die lange Tradition urchristlicher Bewegungen in der Geschichte hin und auf das entstehende Friedensreich, an dem Menschen unterschiedlicher Berufe mitarbeiten.

Wenn man Menschen aufhetzen will – das weiß die Kirche –, muss man an die niederen Instinkte appellieren – zum Beispiel an Konkurrenzangst und Neid. Im Herbst 1984 versucht man deshalb einen Keil in die Würzburger Naturkostszene zu treiben. Man lanciert am 26.10.84 einen Artikel in das Fränkische Volksblatt mit der Überschrift: „Naturkostläden sprechen von Existenzbedrohung – Marktwirtschaft unter ‚religiösen Einflüssen‘ – neue Marktstände arbeiten nicht nach Gesetzen der Marktwirtschaft.“ Angeblich gebe es auf den von Urchristen betriebenen Marktständen „Dumpingpreise“, weil, wie Graf Magnis behauptet, Anhänger des Heimholungswerkes „für Gotteslohn“ auf dem Hof arbeiten würden.

In Wirklichkeit erhalten alle Angestellten auf dem Hof – im Unterschied zu kirchlichen Nonnen und Mönchen – reguläre Gehälter und sind korrekt versichert. Und weshalb soll es gegen die Marktwirtschaft verstoßen, wenn ein Direktvermarkter ein Produkt günstiger anbieten kann als sein Konkurrent? Die Diskussion ist aber schon deshalb rein akademisch, weil das Preisgefüge bei einem Naturkost-Marktstand ohnehin etwas höher ist als bei einem konventionellen Anbieter.

Doch die Kirchen glauben hier einen Hebel entdeckt zu haben, um Urchristen in ihrer beruflichen Existenz zu treffen. Angriffe auf die von Urchristen geführten Marktstände und die dahinter stehenden Bauernhöfe gehören zu den Konstanten kirchlicher Verleumdungsarbeit seit nunmehr zwanzig Jahren. Um die perfiden Methoden und die Häufigkeit solcher Angriffe darzustellen, verlassen wir an dieser Stelle kurz die chronologische Darstellung und schildern diese Vorgänge anhand ausgewählter Beispiele bis zum Zeitpunkt der Drucklegung des Buches.

Exkurs: Kirchliche Angriffe gegen urchristliche Marktstände

„Kauft nicht beim Juden!“, hieß es 1933 in den deutschen Städten. 50 Jahre später kann man nicht mehr ganz so unverhüllt zum Verkaufsboykott gegen eine religiöse Minderheit aufrufen. Doch dass es auf Deutschlands Marktplätzen und an seinen Straßen wohl katholische Karotten und lutherische Kartoffeln, aber keinesfalls urchristliche Zwiebeln zum Verkauf geben darf, das muss man den Gläubigen schon beibringen. Sie könnten sich ja sonst mit Ketzerei anstecken.

Als der Verkaufsfahrer Hans P. Ende September 1986 mit seinem Verkaufsfahrzeug, beladen mit Produkten des Betriebes „Gut zum Leben“, durch den unterfränkischen Ort Bergrheinfeld bei Schweinfurt fährt, wird er 500 Meter nach dem evangelischen Pfarrhaus von der Polizei gestoppt und muss seine Verkaufsfahrt einstellen. Bisher konnte er mit seinem Reisegewerbeschein, also ohne zusätzliche Genehmigung, jede Woche in diesem Dorf Gemüse und Brot verkaufen. Doch drei Tage zuvor hatten der katholische und der evangelische Pfarrer gemeinsam im amtlichen Gemeindeblatt darüber „informiert“, dass eben dieser Verkaufsfahrer „mit einer Sekte in Zusammenhang“ stehe. Die Pfarrer fordern ihre Gläubigen auf: „Prüft alles, und das Gute behaltet!“ Und für den Fall, dass jemand unter den Gläubigen den Wink mit dem Zaunpfahl nicht verstehen würde, hatte man vorsichtshalber die Polizei angerufen. Hans P. beantragte eine extra Verkaufsgenehmigung bei der Gemeinde, die ihm aber zunächst „aus verkehrstechnischen Gründen“ verweigert wurde. Der Verkäufer bestand jedoch auf einer Prüfung der Rechtslage, und die Genehmigung musste dann doch erteilt werden.

Seine ersten Lorbeeren als Inquisitor verdiente sich der Theologiestudent und spätere lutherische Pfarrer und Rufmordbeauftragte Matthias Pöhlmann damit, dass er am 2.12.89

einen Leserbrief im Fränkischen Tag in Bamberg veröffentlichen ließ – Überschrift: „Biokost mit bitterem Nachgeschmack.“ Gemeint ist der Marktstand von „Gut zum Leben“ auf dem Bamberger Markt. Soviel Einsatz gegen die Ketzer schon in der Ausbildungszeit muss natürlich belohnt werden. Pöhlmann wird später an der Universität Erlangen eine Assistentenstelle mit Schwerpunkt „Sekten“ erhalten – und im neuen Jahrtausend dann zum hauptamtlichen Mitarbeiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Berlin aufsteigen.

Die Pfarrer: Beim Verleumden immer vorneweg

Auch in Coburg ist es der Pfarrer persönlich, der den Marktstand gerne zum Abschluss freigeben würde. Der lutherische Pfarrer Michael Thein veröffentlicht – unter Weglassung seiner Berufsbezeichnung – in der Neuen Presse Coburg (2.5.95) und im Coburger Tageblatt (3.5.95) einen Leserbrief, der in der Forderung gipfelt, das Gut zum Leben müsse „auch dem uninformatierten und flüchtigen Leser offen legen, dass es sich hier um Gedankenmaterial des ‚Universellen Lebens‘ handelt. Dann kann der mündige Bürger selbst entscheiden, ob er an diesem Stand sein Geld ausgeben will oder nicht.“ Pfarrer Thein hat sein Handwerk gelernt: Auch so kann man zum Boykott aufrufen. Ob der „mündige Bürger“ gemerkt hat, dass der Herr Pfarrer hier im Grunde eine neue Form des Judensterns, diesmal für „Ketzer“, gefordert hat? Man versucht – wie im Mittelalter – den „Ketzer“ in eine ausweglose Lage zu manövrieren: Wie er es auch macht, ist es falsch. Offenbart er beim Brotverkauf seinen Glauben, wird ihm die Standlizenz entzogen, weil er „missioniert“. Offenbart er ihn nicht, so verheimlicht er etwas und ist „gefährlich“. Seltsam ist nur, dass katholische oder lutherische Bauern noch nie genötigt würden, ihren Taufschein an den Marktschirm zu hängen.

Ganz ähnliche Töne schlägt die Pröpstin Roswitha Alterhoff in Bad Hersfeld an. „Das ist Etikettenschwindel“, äußert sie in der Hersfelder Zeitung (24.1.96) und fügt hinzu: „Vermutlich läuft das Geschäft besser, wenn die Kunden nicht wissen, bei wem sie kaufen.“ Erinnern solche Worte nicht an die Agitation von Nationalsozialisten zu Beginn der 30er Jahre, die dafür sorgten, dass jeder wusste, wer ein jüdischer Geschäftsmann ist und wer nicht?

In Simmerath bei Aachen ist es der Aachener Rufmordbeauftragte Herbert Busch, der in Aktion tritt – weil dort zweimal im Jahr ein Marktstand von Gut zum Leben aufgebaut wird. In der Aachener Volkszeitung 287 fordert Busch, in „Schulen, Erwachsenenbildung, Verwaltungen und Presse“ solle „die politische und soziale Auseinandersetzung gesucht werden“ (welch moderne, eingängige Umschreibung für die alte kirchliche Inquisition), wenn man schon den Marktstand nicht verbieten könne. Gemeindedirektor Arnold Steins erklärt daraufhin am folgenden Tag, man wolle „noch einmal prüfen, ob die Sekte ‚Universelles Leben‘ die formellen gewerblichen Voraussetzungen erfüllt, um erneut beim Simmerather Markt in Erscheinung zu treten“. (Wohlgemerkt: Das Universelle Leben betreibt den Stand gar nicht!) „So lange die Organisation sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewege und es keine eindeutige Rechtsprechung gebe, könne er nichts unternehmen. ... ‚Ich bin Katholik, aber meine private Haltung darf hier keine Rolle spielen.‘“ Das ist also das Äußerste, was sich die urchristlichen Marktbetreiber in so einem Fall erhoffen dürfen: Ein verschämtes Rückzugsgefecht der Amtsträger, ganz nach dem Motto: Ich würde sie ja gerne verbieten, aber leider, leider: Es geht nicht. Angesichts der schrillen Begleitmusik, die dazu die Aachener Volkszeitung (3.7.93) spielt – mit der Überschrift „Muß Simmerath weiter mit der Sekte leben?“ –, schimmert durch die Hinhaltetaktik des Beamten fast schon wieder so etwas wie ein Hauch von Zivilcourage.

Pfarrern und Pfarrerinnen gehen Verleumdungen und Lügen offenbar überall am leichtesten von den Lippen – so auch in Pforzheim, wo Pfarrer Hans-Peter Held Anfang 1997 glattweg und wahrheitswidrig behauptet, in den universellen Bio-Betrieben arbeiteten „die Leute ohne Bezahlung und Sozialversicherung“. Im idyllischen Tegernsee macht Pfarrer Rigam in seinem Pfarrbrief auf einen neuen Laden aufmerksam, den „eine der gefährlichsten Sekten in Deutschland“ angemietet habe. Die Heimatzeitung Miesbacher Merkur (9.1.98) fragt pflichteifrigst gleich beim Landratsamt, beim Bürgermeister, bei der Kriminalpolizei (!) und beim Direktor des Tegernseer Gymnasiums nach, ob es schon „Berührungspunkte“ mit der „Sekte“ gegeben hätte. Der lutherische Gemeindepfarrer Wolfgang Spengler holt seinen Kollegen, den Verleumdungsbeauftragten Behnk, aus München in den Ferienort, wo dieser vor 50 Tegernseern gegen die „gefährliche, sektiererische Organisation“ vom Leder zieht (Tegernseer Zeitung, 8.5.98). Als Mitarbeiter der Firma Gut zum Leben einen Handzettel in Tegernsee verteilen, um sich gegen die Hetze zur Wehr zu setzen, schreibt der Münchner Merkur (12.5.98): „Universelles Leben greift Sektenpfarrer an“ und zitiert aus dem Handzettel nur einen einzigen Satz: „Ein Pfarrer darf in Bayern alles sagen – auch wenn es gelogen ist.“

Der Laden in Tegernsee muss daraufhin geschlossen werden. Als statt dessen im benachbarten Rottach-Egern ein Laden aufgemacht wird, lädt die Firma Gut zum Leben nach einiger Zeit die Bevölkerung zu einem Vortrag ein. Die Presse berichtet jedoch nicht über den Vortrag an sich, sondern vorab über den „Ärger“, den er ausgelöst habe. „Es ist eine Schande, dass unser Bürgermeister in unserm Kursaal einen Vortrag von einer Sekte erlaubt“, wird eine „empörte Rottacherin“ in der Lokalzeitung (10.3.00) zitiert. Ihren Namen wolle die Frau nicht nennen, „weil sie Repressionen der Sekte befürchtet“. Das ist ein ebenso beliebter wie hinterhältiger Trick von Kirchenvertretern: Anonym verleumden – und die feige Anonymität gleich wieder in eine weitere Verleumdung umwandeln. Statt auf das Grundgesetz und die Meinungsfreiheit zu verweisen (die die Kirchen immer dann in Anspruch nehmen, wenn sie ihnen nützt), erklärt Bürgermeister Konrad Niedermaier eher zerknirscht: „Das ist mir alles nicht recht.“ In der Zeitung werden vorab Behauptungen der Berliner Senatsverwaltung über das Universelle Leben veröffentlicht wie: Das Ziel der Lehre sei eine „Umprogrammierung des Individuums zu einem Menschen, der sich von allen Diskussionen fernhält.“ Dass ein solcher Mensch dann nicht zu einem öffentlichen Vortrag mit Aussprache einladen dürfte, fällt offenbar niemandem auf.

Politiker bei der Schmutzarbeit

Lieber ist es den Kirchenvertretern natürlich, wenn andere ihre Rolle als Denunzianten übernehmen – z.B. Politiker. Der CSU-Rechtsaußen und damalige Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Peter Gauweiler, findet es im Mai 1990 „haaresträubend“, dass Gut zum Leben auf dem Münchner Viktualienmarkt einen Stand unterhalten darf – obwohl Gauweiler als Mitglied der Landesregierung für die Angelegenheiten der Stadt München gar nicht zuständig und überdies als Regierungsvertreter an das Gebot der weltanschaulichen Neutralität gebunden ist. Der stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende des Münchner Stadtrats, Hans Podiuk (der 2002 zum OB-Kandidaten gemacht wird), empört sich gar: „Die Stand-Lizenz muß rückgängig gemacht werden. Die Stadt sollte einen Musterprozeß anstreben.“ 288 Die Stadt ist so klug, es nicht zu tun – denn sie hätte den Prozess verloren. Das hindert aber die Journalistin Ilse Mathow nicht daran, in der Münchner Szene-Zeitung Prinz (5/94) erneut gegen den Stand zu hetzen: „Sekte unterwandert Münchens Öko-Szene.“ Im Jahr darauf sind es dann zur Abwechslung die Jungsozialisten, die sich „empört“ über den Stand zeigen: „Unverständlich“, so Juso-Chef Hannes Gräbner, „dass die Sekte überhaupt eine Genehmigung erhielt.“ 289 In seinem Brief an Parteifreund und Oberbürgermeister Ude („mit sozialistischen Grüßen“) offenbart

Gräbner allerdings einen für Nachwuchspolitiker beschämenden Mangel an juristischen Grundkenntnissen: Er übernimmt – natürlich ohne eigene Nachforschungen anzustellen – Zitate des Inquisitors Behnk (übrigens auch SPD-„Genosse“), die dieser sich von Gerichten als durch das Recht auf Meinungsäußerung gedeckt hat bestätigen lassen. Doch Gräbner schreibt: „Diese Äußerungen sind durch etliche Beschlüsse ... als den Tatsachen entsprechend für rechtmäßig erklärt worden.“ Genau das – ob diese Behauptungen den Tatsachen entsprechen – haben die Gerichte aber gar nicht untersucht. Als auch die CSU mit einer erneuten Stadtratsanfrage den Marktstand vertreiben will, stellt der Münchner Kommunalreferent Georg Welsch im November 1995 klar: Die Jahre zuvor von der Stadt getroffene Einschätzung, dass die Firma Gut zum Leben „ein leistungsfähiger Anbieter eines wirklich umfassenden Sortiments aus biologisch kontrolliertem Anbau“ sei, habe sich „voll bestätigt“. Die Firma betreibe keinerlei weltanschauliche Werbung, „sie hält sich strikt an die Marktordnung und kommt ihren Zahlungsverpflichtungen pünktlich nach ... Dem Kommunalreferat sind keine Umstände bekannt, die vor diesem Hintergrund den Widerruf der Zuweisung rechtfertigen würden.“

„Naturfreunde“ – oder Kirchenhörige?

Doch in der Zwischenzeit wird ein Verkaufsboykott längst auf überregionaler Ebene propagiert: Im Juni 1992 veröffentlicht Birgit Schumacher in der Zeitschrift Öko-Test einen Artikel mit der Überschrift: „Falsche Propheten im Bioladen – Sekten sichern sich im Biobereich zunehmend wirtschaftliche Macht.“ Schumacher äußert sich abfällig über eine Offenbarung, an der sie teilgenommen hat. Sodann behauptet sie, das Universelle Leben habe „ein Wirtschaftsimperium mit über hundert Betrieben“ aufgebaut. Auf dem Inneren Weg müsse man sich „von Verstand und Intellektualität lösen“. Die nächste Lüge: „Nur wer sich der Gemeinschaft anschließt, wird gerettet.“ Schumacher redet wahrheitswidrig von „Abgabe der Ersparnisse“, das Universelle Leben gehöre zu den „Gemeinschaften, die mit scheinbar religiösen Hintergründen autoritäre Systeme aufbauen, die Menschen nicht nur das Geld wegnehmen, sondern ihnen auch den freien Willen absprechen und sie unmündig machen“. Wieder eine Projektion: Martin Luther spricht in seiner Lehre dem Menschen eindeutig den freien Willen ab 290 – für die Urchristen ist hingegen die Beachtung des freien Willens ein zentrales Gebot.

Birgit Schumacher erweckt mit geschickter Polemik sogar den Eindruck, als ob die von Urchristen betriebenen Höfe gar nicht ernsthaft ökologisch wirtschaften würden: Der Bioland-Verband habe „schon schlechte Erfahrungen“ mit den Gut-zum-Leben-Höfen gemacht, der Vorgang fülle „einen ganzen Aktenordner“ (als ob man am Papier-Umfang eines Vorgangs irgendeine Wahrheit ablesen könnte). Anfang 1989 sei „Zugekauftes ... als Bioland-Ware verkauft“ worden. „Schon wenig später wurden neue Falschdeklarationen bekannt.“ Gut zum Leben sei dann mit seiner eigenen Kündigung der Kündigung durch den Anbau-Verband nur um wenige Tage zuvorgekommen.

Diese „Story“ wird in den darauf folgenden Jahren bis heute immer wieder aufgewärmt werden. Die Wahrheit ist: Einen Konflikt mit dem Bioland-Verband gab es seinerzeit tatsächlich. Doch die Auslöser waren denkbar harmlos: Bei der zugekauften und versehentlich nicht korrekt deklarierten Ware handelte es sich um Produkte des Anbauverbandes „Demeter“, also auch um kontrolliert-ökologisch angebaute Artikel. Ansonsten wurde lediglich beanstandet, dass ein Feld vier Wochen zu früh als „voll umgestellt“ bezeichnet wurde. Nach Aussagen der betroffenen Gut-zum-Leben-Landwirte (aber die wollte ja keiner hören) hatten seinerzeit maßgebliche Funktionäre bei „Bioland“ eine Art ideologischen Vorbehalt gegen größere Höfe, also auch gegen einen

gemeinschaftlich erworbenen und bewirtschafteten wie den der Urchristen. Darüber hinaus existierten auch religiöse Vorbehalte. So erklärte ein Angehöriger des Bioland-Verbandes im März 1989 auf einem Landwirte-Treffen in Neumarkt (Oberpfalz), man werde diese Leute in nächster Zeit wegen „Rufschädigung“ aus dem Verband hinauswerfen, denn es sei „eine Sekte, in die man nicht hineinschauen kann“, außerdem seien sie „schon so stark – über 100 Mann und machen uns die Preise kaputt“. Und es bestehe der Verdacht, dass sie konventionelle Tomaten zugekauft hätten. Letzteres ist die Lüge eines katholischen Denunzianten (S. 264).

In einem freien Land hat jeder Gewerbetreibende das Recht, sich im Rahmen der jeweiligen Auswahlmöglichkeiten einen Berufsverband frei zu wählen. Einem Ketzer jedoch wird sofort Übles unterstellt, wenn er es wagt, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. Die Gut-zum-Leben-Höfe wechselten seinerzeit zum ökologischen Anbauverband ANOG 291, wo sie ebenso genau bezüglich der Einhaltung ökologischer Kriterien kontrolliert wurden wie zuvor.

Für den 3. Januar 1993 wird in der Programmzeitschrift TV Hören und Sehen eine Fernsehsendung zum Thema „Öko-Sekten – dubiose Geschäfte mit der Umwelt“ angekündigt. Die Zeitschrift FF-aktuell kündigt für dieselbe Sendung einen Bericht über das Universelle Leben an: „Die Sekte ‚Universelles Leben‘ verkauft angeblich Produkte aus kontrolliertem Anbau, doch beim ‚Bioland‘-Verband Bayern wird gegen sie ermittelt.“ Birgit Schumacher hat ihr Verleumdungsziel erreicht: Das Wörtchen „angeblich“ reicht schon für den Rufmord. Hinzu kommt die dreiste Lüge einer „Ermittlung“ – der Konflikt mit „Bioland“ war drei Jahre zuvor bereits abgeschlossen worden. Doch es geht weiter im Text: Die Verbraucher sollten davor gewarnt werden, „gutgläubig in alternativen Ökoläden“ einzukaufen – „denn manchmal stecken dahinter Sekten-Gurus, die jetzt auch auf der Öko-Welle reiten“. Dann wird ein „Markus D.“ erwähnt, der vom Universellen Leben „bitter enttäuscht“ worden sei. Man habe ihm dort sein Sparbuch abgenommen, ihm Sex verboten und „Gehorsam bis zur Selbstaufgabe“ verlangt. Doch diesen „Markus D.“ gibt es nicht; Nachforschungen bleiben ergebnislos. So klagt das Universelle Leben gegen die Zeitschrift, die solchen Unsinn abdruckt, auf Unterlassung – diese versichert, so etwas nie wieder behaupten zu wollen, das Verfahren wird eingestellt. Aber die Lügen sind in der Welt. Wer wird sie rückgängig machen?

Immerhin ist der Bayerische Rundfunk gewarnt – entgegen der Ankündigung kommt das Universelle Leben in der fraglichen Sendung nicht vor. Doch das dazugehörige Begleitheft Globus (2/93), herausgegeben vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Baden-Württemberg, war offenbar schon im Druck. Hier kommt wieder Birgit Schumacher zu Wort: Das Universelle Leben mache ein „Geschäft mit der Apokalypse“. Seine Lehre habe „Arche-Noah-Charakter: Nur wer sich der Gemeinschaft anschließt, wird gerettet“. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass diese „Arche-Noah-Aussage“ typisch für die katholische Kirche ist: „Außerhalb der Kirche gibt es kein Heil.“ Im Universellen Leben werden solche Aussagen ausdrücklich nicht gemacht – dort wird vielmehr gelehrt, dass eine wie auch immer geartete religiöse Mitgliedschaft dem Menschen kein Heil bringen kann, sondern einzig eine Lebensweise entsprechend den göttlichen Gesetzen. Doch Schumacher schert sich nicht um diese Tatsache. Die „Abgabe der Ersparnisse“, so heißt es wiederum, sei „Grundvoraussetzung für ein Leben in der Gemeinschaft“. (Auch dies ist unrichtig: Im Gegensatz zum Eintritt in ein katholisches Kloster muss jemand, der in einem Betrieb der Urchristen mitarbeitet, nichts abgeben.) Am Ende des „Naturschutz“-Heftes darf noch Beate Seitz-Weinzierl, Diplom-Theologin und Ehefrau des BUND-Vorsitzenden Hubert Weinzierl, ihren Beitrag leisten. Sie findet es „bedenklich, dass an sich positiv besetzte Bestandteile der Ökologiebewegung ... als Vehikel benutzt werden, um obskure Glaubenslehren unters Volk zu bringen. ... Es ist auch für die Umweltbewegung schädlich, wenn das ganze

ökologische Katastrophen-Repertoire vom Waldsterben über Ozonloch und Klimaveränderung bis zur Gentechnik ... für eine Heilslehre erhalten muß.“

Vielleicht würde es der Umweltbewegung nicht schaden, sich einmal Gedanken darüber zu machen, weshalb die Großkirchen auf keine der schwerwiegenden Umwelt-Herausforderungen eine klare Antwort gegeben haben: Sie haben sich weder klar gegen die Atomkraft noch gegen Tierversuche, weder gegen Gentechnik noch gegen industrielle Landwirtschaft und Massentierhaltung ausgesprochen; sie haben nie ein klares Bekenntnis etwa für den ökologischen Landbau abgegeben, von einem Eintreten für die gequälte Tierwelt ganz zu schweigen. Wenn nun eine Glaubensbewegung wie das Universelle Leben nicht nur zu all diesen Fragen klar Stellung bezieht, sondern auch beginnt, danach zu handeln, werden ihr von professionellen „Umweltschützern“ unlautere Motive unterstellt ...

Im Oktober 1997 setzt die Frauenzeitschrift Amica die überregionale Kampagne fort. Werner Paczian veröffentlicht dort einen Hetzartikel mit der Überschrift „Die miesen Tricks der Öko-Sekte“. Die miesen Tricks von Amica lernten die Urchristen bereits am 25. Mai 1997 kennen, als mitten in einer ihrer sonntäglichen Veranstaltungen in Würzburg der Fotograf Wolfgang Gressmann aus Hamburg aufstand, einen bis dahin versteckten Fotoapparat hervorzog und wie wild zu knipsen begann. Als er auf wiederholte Aufforderung hin damit nicht aufhörte, wurde er des Saales verwiesen und aufgefordert, die Bilder herauszugeben, die ohne Einverständnis der Besucher aufgenommen worden waren. Als Gressmann und ein Begleiter, vermutlich Paczian, daraufhin wegliefen, wurde die Polizei gerufen. Im Beisein der Beamten übergab Gressmann einem Vertreter des Universellen Lebens zwei Filme, die aber nicht die im Veranstaltungsraum aufgenommenen Bilder enthielten. Der Anwalt der Urchristen erreichte zwar vor dem Verwaltungsgericht Hamburg, dass der Zeitschrift Amica, für die die beiden arbeiteten, die Verwendung der Bilder untersagt wurde – doch Paczian rächte sich mit einer Flut von Schmähungen: „Sekten-Konzern“, „Greuel-Imperium“, „die Qualitätskontrolle der Lebensmittel ist zweifelhaft“ (obwohl die Kontrollen bei allen anerkannten Bio-Verbänden äußerst streng sind).

Druck auf Stadtverwaltungen

Mit solcher Munition wird dann wiederum Druck auf Stadtverwaltungen ausgeübt. In der Hanauer Zeitung vom 6.4.94 steht zu lesen, dass sich „im Rathaus immer wieder Marktkunden beschwerten“ – über den Stand von Gut zum Leben, der dort seit fünf Jahren steht. Welche „Marktkunden“ das sind, ist unschwer zu erraten. Der Journalist Joachim Haas-Feldmann versäumt es nicht, die neusten Verleumdungen von kirchlicher Seite mit anzufügen. Um die Perfidie eines solchen Vorgehens zu erfassen, genügt es, sich den analogen Fall vorzustellen: Was wäre, wenn ein Jude oder ein Ausländer einen Marktstand in Hanau oder anderswo betreiben würde – und wenn sich dann ständig bestimmte Personen mit entsprechenden antisemitischen oder ausländerfeindlichen Parolen bei der Stadtverwaltung „beschwerten“ würden? Wie würden die Beamten, die Politiker, die Unternehmer reagieren, was würden die Zeitungen schreiben?

Bei „Kettern“ braucht man da als Politiker nicht lange nachzudenken. Als Stefan Bahn von der Jungen Union Hanau 1997 die Stadt zur „Überprüfung“ des Marktstandes auffordert, antwortet Oberbürgermeisterin Margret Härtel fast devot, „dass sie alles versuchen werde, bei einem Nachweis irgendeiner Verbindung des Marktstandes mit der Sekte diesem die Standgenehmigung zu entziehen. Weiter betont die Oberbürgermeisterin, [Anmerkung: die später wegen des Vorwurfs von finanziellen Unregelmäßigkeiten ihr Amt aufgeben musste] dass sie alles tun werde, um eine Festsetzung einer Sekte in Hanau zu verhindern.“ 292 Seit wann ist es Aufgabe von auf die Verfassung vereidigten Stadtoberhäuptern, religiöse

Minderheiten aus ihren Städten zu vertreiben? Dass Hanau einmal eine Stadt war, in der eine verfolgte religiöse Minderheit, die Hugenotten, Aufnahme fand, scheint im historischen Gedächtnis keinerlei Spuren hinterlassen zu haben.

Dadurch und durch das Beispiel ihrer Parteifreunde aus Neu-Isenburg (s.u. S. 189) ermutigt, wiederholt die Junge Union ihre „Warnung“ im April 1998 und fügt hinzu: „Mit einem Boykott träfe man die Sekte an ihrer empfindlichsten Stelle.“ 293 Also, könnte man hinzufügen: Schlagt die Ketzer, wo ihr sie treffen könnt! ...

Kirchlich gesteuerte Medien

Im Februar 1994 schießt sich im Frankfurter Raum eine Koalition von Kirchenvertretern und kirchlich gesteuerten Medien auf die Marktstände von Gut zum Leben ein. Den Auftakt macht der Hessische Rundfunk. In seiner Sendung „In Hessen unterwegs“ (1.2.94) wird von einem Kunden gesprochen, der „großen Ärger“ verspürt habe, weil er „wohl eine Sekte direkt mitfinanziert“ habe – in der Frankfurter Kleinmarkthalle. Dem Universellen Leben werfe man „knallharte Verfolgung Andersdenkender“ vor. Im Raum Würzburg sei man dabei, „ganze Dörfer aufzukaufen und zu unterwandern“. Mit dieser Lüge versucht man offenbar, die Vertreibung der Urchristen aus dem Dorf Hettstadt bei Würzburg (s.u. S. 236 ff.) zu rechtfertigen. Am 25. Februar übernimmt Radio FFH die Stafette. Doris Rummel interviewt in der Kleinmarkthalle Kunden, die sie vorher über die angebliche Gefahr des Verkaufsstandes „aufgeklärt“ hat. Dementsprechend sind die Antworten, aus denen man unschwer herauslesen kann, welche Verleumdungen Frau Rummel jeweils verbreitet hat: „Wenn das tatsächlich eine Sekte ist, das kann ich einfach nicht unterstützen“ – „Ich möchte niemand unterstützen, der dann andere Leute diskriminiert“ – „... dann möchte ich nicht mehr hingehen, weil da musst du ja damit rechnen, dass sie irgendwann wissen wollen, wo ich wohn.“

Als Gut zum Leben im Februar 1994 einen neuen Laden in der Frankfurter Altstadt eröffnet, lässt der evangelische Rufmordbeauftragte Kurt-Helmuth Eimuth über den Evangelischen Pressedienst eine „Warnung vor Bio-Sekte“ 294 verbreiten. „Die Verbraucher und Verbraucherinnen sollten wissen, wen sie mit dem Kauf solcher Produkte fördern“, so Eimuth. Der „religiöse Wahn“ dieser Leute sei nach seiner Einschätzung „in den letzten Jahren immer schlimmer geworden“. In der Frankfurter Neuen Presse (24.2.94) fügt Eimuth seiner Warnung vor dem neuen Laden noch die bekannte Lüge hinzu, im Universellen Leben werde ein „Weltuntergang“ prophezeit, den „nur die Geretteten“ überleben würden.

Und damit es auch der letzte kapiert, was ein braver Staatskirchenbürger zu kaufen oder nicht zu kaufen hat, bringt Martin Kessler in der öffentlich-rechtlichen Fernsehsendung „Trend“ 295 die Rede auf die „obskure Sekte“ Universelles Leben und zählt ihre Stände auf.

Die Kampagne zeigt zumindest teilweise die gewünschte Wirkung: Im März 1994 teilen einige Stammkunden den Verkäufern des Gut-zum-Leben-Standes in der Kleinmarkthalle mit, dass sie „aufgrund der Fernsehsendungen“ nicht mehr dort einkaufen wollen. Im nahen Darmstadt schreit am 5. März eine Frau vor dem dortigen Marktstand von Gut zum Leben: „Aufhängen sollte man euch!“ – und sie erwähnt die Fernseh-Sendung. Noch im Mai 1996 wird eine Kundin am Marktstand in der Frankfurter Neuen Presse zitiert: „Ja, das ist so eine Gemeinschaft, die sich religiös nennt, aber ganze Dörfer in der Nähe von Würzburg in Schrecken versetzt.“ So also wirkt Volksverhetzung. Denn in Schrecken werden die Bewohner dieser Dörfer nicht durch die Urchristen versetzt, sondern allenfalls durch die Verleumdungen von Kirchenvertretern (s. u. S. 286 ff.)

Im November 1995 hetzt Hans-Peter Jourdan in der Zeitung der Fachhochschule Frankfurt (Nordwestwind) gegen den Gut-zum-Leben-Stand im Frankfurter Nordwestzentrum. Die lutherischen Pfarrer Andreas Goetze und Bernd Durst fordern in ihrem Pfarrbrief, dem Praunheimer Auferstehungsboten, die Gläubigen dazu auf, „keine Früchte religiösen Wahns“ zu kaufen. Die Pfarrerin Ines Fetzer aus Maintal-Dörnigheim bei Frankfurt macht es ihnen nach: Im Maintal-Tagesanzeiger (24.5.96) verbreitet sie das Gerücht, es bestünden „Zweifel daran, dass die Produkte wirklich aus biologischem Anbau stammen. In der Vergangenheit hätten Untersuchungen ergeben, dass das verkaufte Obst keineswegs biologisch angebaut worden ist.“ Man erinnere sich an die Affäre „Bioland“: Eine einmal ausgestreute Verleumdung („falsch deklariert“ hatte es damals geheißen, aber es war kontrolliert-ökologische Demeter-Ware) entwickelt ihr Eigenleben und verbreitet sich in immer neuen Varianten wie von selbst.

Boykottaufruf in Neu-Isenburg

Am 28.10.1997 greift dann Kai Cezanne von der Frankfurter Neuen Presse den Laden von Gut zum Leben im Einkaufszentrum von Neu-Isenburg bei Frankfurt an und verwendet dabei unverkennbar die Verleumdungsmunition Werner Paczians (s.o. S. 185). Unter der Überschrift „IG City kämpft gegen Handel der totalitären Sekte“ zitiert Cezanne einen Sprecher der „Interessengemeinschaft City“, die den Laden vermietet und sich schon lange bemühe, „die Sekte wieder vom Wochenmarkt zu verbannen“. „Wir wären froh, wenn sie wieder weg wäre“, sagt ein Sprecher. Die Junge Union Neu-Isenburg bemüht sich offenbar, die historische Tradition der Grafen von Ysenburg fortzusetzen, die im 17. Jahrhundert vor allem in ihrem Residenzort Büdingen zu den schlimmsten Hexenbrennern des protestantischen Raumes gehört hatten. Sie will die Situation durch ihren Vorsitzenden Thorsten Klees zur Profilierung nützen und „ruft ... die Bürger zu einem Boykott der ‚Gut zum Leben‘-Händler auf“, so die Frankfurter Neue Presse (30.10.97). Das Universelle Leben strebe einen „totalitären Staat“ an und habe das Ziel, „die demokratische Rechtsordnung abzuschaffen“. Die Bürger werden aufgefordert, „keinen einzigen Pfennig“ in die Läden zu tragen. Der Boykott-Aufruf wird im Neu-Isenburger Anzeigenblatt, im Dreieich-Spiegel und in der Offenbach-Post wiederholt. Wenige Tage später erklären sich auch die Neu-Isenburger Grünen mit ihrem Ortsverbandsvorsitzenden Günther Marx „solidarisch“ mit der Jungen Union beim Kampf gegen die „vorgeblich ökologischen Landwirtschaftsprodukte“. „Informationen aus dem Hessischen Landtag hätten bestätigt, dass diese Sekte totalitär sei, ihre Mitglieder ausbeute und Aussteigewillige verfolge“ 296. Man sieht hier, wie kirchliche Lügen und Verleumdungen erst von der Politik übernommen und dann wieder als „Bestätigung“ in die Öffentlichkeit zurückgespielt werden.

Durch ihren Anwalt fordert die Firma Gut zum Leben die Junge Union auf, den Boykott-Aufruf zurückzunehmen. „Sie verunglimpfen dadurch Menschen, denen keinerlei Gesetzesverstöße anzulasten sind ... Im Zeitalter der Massenarbeitslosigkeit handelt es sich um eine beispiellose Rücksichtslosigkeit, mit solchen Parolen Firmen in den Ruin zu treiben“, schreibt der Anwalt. Das Landgericht Darmstadt untersagt am 8.1.98 der Jungen Union jedoch lediglich die Behauptung, in den Geschäften werde „für eine Hungerlohn gearbeitet“. Alles andere seien „kritische Meinungsäußerungen“ und daher zulässig. Auch die Hauptsacheklage wird am 15.10.98 mit derselben Begründung zurückgewiesen. Erst das Oberlandesgericht Frankfurt untersagt im Januar 2000 (!) den Jungpolitikern die Behauptungen, wer bei Gut zum Leben einkaufe „müsse wissen, dass er damit eine Organisation finanziell unterstütze, die einen totalitären Staat anstrebe“, und „bei den Verkaufsstellen der Klägerin handele es sich um eine wirtschaftliche Aktivität, die das klare Ziel habe, die demokratische Rechtsordnung abzuschaffen“. Und die Richter – eine seltene, um so erfreulichere Ausnahme – schreiben den übereifrigen Ketzerjägern ins Stammbuch:

„Es wäre dem Problemverständnis bei der Beklagten [der Jungen Union] förderlich, wenn sie sich der Erkenntnis öffnen würde, dass ein Boykottaufruf etwa gegen einen qualitativ hervorragend und legal arbeitenden Betrieb nicht zu rechtfertigen ist, nur weil er ausschließlich schiitische Moslems als Mitarbeiter beschäftigt, und weil die fundamentalistische Geistlichkeit dieser Spielart des moslemischen Glaubens dem hiesigen Demokratieverständnis fremd und sogar feindlich gegenübersteht, oder dass man gegen einen eigenwirtschaftlichen Betrieb etwa der katholischen Kirche nicht deshalb mit einem Boykott zu Felde ziehen darf, weil deren ‚Oberhirte‘ bei Entscheidungen in religiös-dogmatischen Fragen Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nimmt.“

Abgesehen davon, dass das Demokratieverständnis der Urchristen nichts mit den Auffassungen des fundamentalistischen Islam oder der katholischen Kirche zu tun hat: Es ist bezeichnend für unseren Staat, dass solche Nachhilfe in Sachen Staatsbürgerkunde erst nach einem über zweijährigen Rechtsstreit vor den Schranken eines Gerichtes erfolgen muss, weil Elternhaus, Schule und die älteren „christlichen“ Parteifreunde (selber in peinliche Skandale verwickelt) in diesem Punkt versagt haben. Sie setzen der Indoktrination der Pfarrer nichts entgegen, im Gegenteil, sie übernehmen sie vielmehr häufig.

Dass bei den jungen Politikern weder Einsicht noch Umkehr erfolgt ist, sieht man nicht nur daran, dass sie bis zur Drucklegung dieses Buches – drei Jahre später – noch keinen Pfennig an Gerichtskosten bezahlt haben. (Einem „Ketzer“ braucht man nichts zu bezahlen – das weiß man doch seit dem Mittelalter!) Man sieht es auch an der Reaktion nach dem Urteil. Nach einer Meldung der Frankfurter Neuen Presse (11.2.00) wollen sie „an ihren Hauptkritikpunkten“ festhalten. Bemerkenswert ist diese Zeitungsmeldung auch deshalb, weil daran deutlich wird, wie unterschiedlich man über ein Urteil berichten kann. Während die Frankfurter Rundschau (11.2.00) schreibt, dass der Jungen Union ein Boykottaufruf gegen Gut zum Leben untersagt wurde, bringt die Neue Presse das Ganze unter der Überschrift „Junge Union darf Sekte weiter kritisieren“. Hier werden als erstes die wenigen Punkte aufgeführt, die nicht untersagt wurden (z.B. „totalitäre Führungsstruktur“), weil sie nach Ansicht des Gerichtes gerade noch zulässige Meinungsäußerungen darstellen. Die untersagten Äußerungen werden dann mit der Floskel „Lediglich von der Formulierung ... müsse die JU Abstand nehmen“ eingeleitet. Und am Ende wird gar – wahrheitswidrig – behauptet, der Boykott-Aufruf der Jungen Union sei „gar nicht Gegenstand der Verhandlung gewesen“. Wenige Tage später (16.2.00) muss die Frankfurter Neue Presse eingestehen, dass sie diese peinliche Falschmeldung aus einer Pressemitteilung der Jungen Union abgeschrieben hatte ...

Ihre Kirchenhörigkeit bringt die Frankfurter Neue Presse am 26.9.00 in einem weiteren Artikel schon in ihrer Wortwahl zum Ausdruck – nämlich mit der Überschrift „Sekte macht sich in der Markthalle breit“. Es geht um die Frankfurter Kleinmarkthalle. Die „Glaubensschwester und -brüder“ hätten bereits drei Marktstände „fest in ihrer Hand“. Stadtrat Andreas Laeuen von den Grünen offenbart ebenfalls, dass er keine Ahnung hat, wovon er spricht. „Viel Geld würden sie wahrscheinlich nicht für ihre Arbeit an den Marktständen bekommen, unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit hätten sie mehr Möglichkeiten.“ Hätte der Stadtrat sich erkundigt, so hätte er erfahren, dass das Grundgehalt eines Gut-zum-Leben-Verkäufers bei 2600 Mark brutto liegt – zuzüglich Kinderzuschläge (1000 DM pro Kind) und Essensmarken (300 DM). Die Gemeinnützigkeit hingegen hat Gut zum Leben als Gewerbebetrieb nie besessen – und auch das Universelle Leben hatte bereits Jahre zuvor darauf verzichtet (s.u. S. 395 ff.).

Trotz ihres juristischen Erfolgs gegen die Junge Union sind die Tage des Gut-zum-Leben-Geschäfts im Neu-Isenburger Einkaufszentrum gezählt. Anfang 2002 wird der Firma

mitgeteilt, dass im Zuge eines Umbaus alle Läden nacheinander vorübergehend das Gebäude verlassen müssen, um dann in das umgebaute Zentrum wieder einzuziehen. Alle – bis auf einen: Gut zum Leben. Wegen des „Sektenimages“ will die Geschäftsleitung des ECE-Konzerns in Hamburg die Firma nicht wieder hineinlassen. Auch ein anderer bundesweiter Betreiber von Einkaufszentren, die Firma ICM, versperrt den Urchristen ihre Gebäude. In Aschaffenburg z.B. darf Gut zum Leben nicht in die City-Galerie. Die Macht der Kirche, wird den Antragstellern mitgeteilt, sei hier „so stark“. 297

Keine Parteien – nur noch Ketzerjäger!

„Ich kenne keine Parteien – ich kenne nur noch Deutsche!“ hatte Wilhelm II. beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges gesagt, weil sich gegen seine Kriegspolitik kaum noch Widerstand regte. Ähnlich könnten die Kirchen heute sagen: „Wir kennen keine Parteien – nur noch brave Ketzerjäger!“ Wenn irgendwo in Deutschland eine „Sekte“ auftaucht, ist jedenfalls kaum eine Parteirichtung von ideologischen Scheuklappen gegenüber einer religiösen Minderheit gefeit. Die Stadtratsfraktion der Grünen in Darmstadt fordert im Dezember 1994, dem Marktstand der Firma Gut zum Leben die Standgenehmigung zu entziehen. Es sei den Grünen „nicht geheuer“, dass „sich diese Sektierer jetzt unter Umständen auch in Darmstadt ausbreiten wollen“.

Auch in Karlsruhe sind es Monika Storck und Sabine Just-Höpfinger von den Grünen, die im März 1999 wegen eines Gut-zum-Leben-Marktstandes eine Anfrage an das Bürgermeisteramt richten. Bemerkenswert ist die Antwort: Das Amt für Bürgerservice und Sicherheit hält das Universelle Leben für „eine Organisation mit totalitären Strukturen“. Das Wort Religion werde dort „nur als Deckmantel benutzt, um in Wirklichkeit zu Geld und Macht zu kommen“ (Badische Neueste Nachrichten, 21.4.99). In diesem Amt sitzt nämlich ein besonders fanatischer „Sekten“-Jäger, der Polizeibeamte Dieter Behnle. Als die Firma Gut zum Leben auf dem Karlsruher Weihnachtsmarkt aktiv werden will, erklärt Behnle, man wolle eine solche „Sekte“, bei der „schlimme Machenschaften“ liefen, auf dem Karlsruher Bahnhof nicht haben. Bereits Anfang 1997 hatte Behnle in einem Vortrag in Karlsruhe öffentlich erklärt, er würde „denen“ am liebsten den Marktstand „zumachen“. Als Scharfmacher gegen Gut zum Leben betätigt sich in Karlsruhe außerdem der Journalist Achim Winkel. 298

In Rheinland-Pfalz übernimmt sogar der SPD/FDP-regierte Staat die Rolle des Denunzianten. Kulturministerin Rose Götte (SPD) warnt landesweit vor den Marktständen von Gut zum Leben, denn es sei, so die Ministerin in der Rheinpfalz (11.10.96), „nicht auszuschließen, dass das ‚Universelle Leben‘ über die Marktstände versuche, neue Mitglieder zu werben“. Nur seltsam, dass niemand auf die Idee kommt, etwa vor einem Kloster zu warnen, dessen Mönche, wie die der Benediktinerabtei Plankstetten in Nürnberg, in schwarzer Kutte einen Marktstand betreiben. 299

Die Wahrheit ist uninteressant

Die lutherische Pfarrerstochter und SPD-Kommunalpolitikerin Ele Schöffthaler greift am 4. Juni 1997 mit einem Leserbrief im Schwabacher Tagblatt den Marktstand in Schwabach bei Nürnberg an. Sie behauptet, wer „in die Fänge der Sekte geraten“ sei, müsse sich „von den eigenen Kindern und dem Partner“ lossagen. Sie fordert die Schwabacher Verwaltung auf, „ebenso mutig“ wie diejenige in Ansbach zu sein, wo man den Stand wieder vertrieben habe. Die Verwaltung hatte dann auch Mut – und widersprach öffentlich den Behauptungen von Frau Schöffthaler. In einem Leserbrief vom 12.6.1997 antwortet die Pressestelle der

Stadt, man habe Frau Schöffthaler darüber aufgeklärt, dass der Schwabacher Markt – im Gegensatz zu dem in Ansbach – öffentlich-rechtlich geregelt sei und daher dem Standbetreiber keine „weltanschauliche Gesinnungsprüfung abverlangt werden“ könne. Es sei „nicht nachvollziehbar“, weshalb die Leserbriefschreiberin „wider besseres Wissen mit ihren Darlegungen der Leserschaft dennoch suggeriert, dass es der Stadt Schwabach lediglich am notwendigen Mut fehle, um den Verkaufsstand zu verbieten“.

Doch die Stimmungsmache geht weiter. Es wird nun klar, dass der Marktstand nur der Einstieg zu einer größeren Verleumdungskampagne war. Ele Schöffthaler stellt im September 1997 in einem öffentlichen Vortrag in einem lutherischen Gemeindehaus weitere Behauptungen über das Universelle Leben auf: Den Kindern werde verboten, mit andersgläubigen Kindern zu spielen (in Wirklichkeit sind lediglich umgekehrte Fälle glaubhaft bezeugt), Arbeitskräfte müssten in urchristlichen Betrieben „für einen Apfel und ein Ei“ arbeiten, es gebe „Familientragödien“, Außenstehende würden als „Untermenschen“ angesehen und weiteres mehr. Im Zuge einer einstweiligen Anordnung werden ihr vom Oberlandesgericht Nürnberg alle diese Äußerungen untersagt, hauptsächlich da die meisten von ihnen, wie sich herausstellt, nicht auf direkten Beobachtungen beruhen, sondern auf allgemeinen Verdächtigungen Dritter, die als „Tatsachen“ weitergegeben wurden. Im Hauptsacheverfahren jedoch vertritt das Gericht in veränderter Besetzung plötzlich eine andere Rechtsauffassung: Das Universelle Leben sei gar nicht klagebefugt (womit die meisten strittigen Behauptungen in der Luft hängen) – und „für einen Apfel und ein Ei“ sei eine „relativ substanzlose Aussage“, also nicht ehrenrührig (!). Lediglich die Behauptung, eine Lehrerin der urchristlichen Schule würde Kindern verbieten, mit anderen Menschen zu sprechen, bleibt untersagt. Bezeichnend ist die Reaktion der Presse: „Sekte stoppt Gegnerin“ 300 heißt es nach der Untersagung, „Meinungsfreiheit siegt“ 301 nach dem Hauptsacheverfahren. Dass (durch unsere Rechtssprechung gedeckte) Meinungen auch bewusste Unwahrheiten und Verleumdungen sein können, interessiert offenbar weder Journalisten noch Kirchenvertreter. Frauen aus allen möglichen kirchlichen Gruppen erklären sich im Laufe des Prozesses mit Schöffthaler „solidarisch“, ohne auch nur eine Sekunde zu überprüfen, ob die Behauptungen überhaupt stimmen. 302

Immer dieselbe Platte

Das interessiert aber auch die meisten Journalisten nicht, wenn es gilt, die „Sensation“ eines angeblich geheimnisumwitterten „Sektenstandes“ für die Lokalseiten auszuschlachten. Eine Zeitung schreibt von der anderen ab – und die Strickmuster ähneln sich. Nach einem einleitenden Satz, etwa: „Der Laden in Heilbronn ist hell und freundlich, Probierstände laden zum Testen ... ein“, folgt unweigerlich: „Aber nur wenige Kunden wissen, dass sie mit ihren Einkäufen ... ein totalitäre Sekte unterstützen.“ So Stefan Mesch in der Rhein-Neckar-Zeitung (8.8.01). Die Artikel sind fast austauschbar. Am 13.4.93 schreibt die Pforzheimer Zeitung über „Bioware im Sektenzwielicht“, am 14.5.93 die Nürnberger Nachrichten über „Brot mit Botschaft“. Nahezu jeder Marktstand der Urchristen wird irgendwann in der Lokalpresse als „Sektenstand“ diskriminiert, ob in Sindelfingen 303, Böblingen 304, Reutlingen 305, Tübingen 306, Marktredwitz 307, Konstanz 308, Gelnhausen 309 – um nur einige Beispiele zu nennen. In letzterem Ort wies ein Leserbriefschreiber immerhin darauf hin, dass sich Gelnhausen 1938 „als erste Gemeinde judenfrei“ gemeldet habe. Der versteckte Tenor: „Gelnhausen – sektenfrei!“ ängstige ihn.

In Ingolstadt lässt man sich etwas ganz Besonderes einfallen: Der lokale Fernsehsender IN-TV schickt am 20. Januar 1994 ein Kamerateam auf den Marktplatz, das vor dem Gut-zum-Leben-Marktstand demonstrativ seine Geräte aufbaut, die Kunden filmt und sie vor laufender Kamera anspricht, ob sie gewusst hätten, dass sich eine „Sekte“ hinter diesem

Stand verbirgt. Die Methode zeigt sofort den gewünschten Erfolg: „Jetzt kann ich leider keine Gemüsebratlinge mehr kaufen“, sagt eine Kundin ins Mikrofon, „das ist schon vielleicht ein Argument“. Wobei sie offen lässt, ob das „Argument“ im „Sekten“-Vorwurf besteht oder im Gefilmt-Werden in Großaufnahme für die lokalen Abendnachrichten.

Auch in Bad Neustadt an der Saale stellt sich am 2.12.94 eine Journalistin, diesmal von der Main-Post, demonstrativ vor den Gut-zum-Leben-Marktstand und befragt Kunden, ob sie wüssten, dass sie hier „beim Universellen Leben“ einkaufen.

Im Wiesbadener Kurier steht am 12.6.92 zu lesen: „Über Bio-Gemüse und Vollwertbrot Zugang zur Seele? Auf dem Wiesbadener Wochenmarkt macht ein Stand des Universellen Lebens mit Naturkost Geschäfte.“ Bezeichnenderweise sind es solche Artikel, die auf den religiösen Hintergrund der Standbetreiber überhaupt erst hinweisen. Der Kunde am Stand wird in keiner Weise missioniert, was auch in Leserbriefen immer wieder bestätigt wird.

In Offenbach betätigt sich die Offenbacher Zeitung (3.12.94) als Denunziant und macht den Direktor eines Kaufhauses, vor dem Gut zum Leben seine Waren verkauft, auf die „totalitäre Sekte“ aufmerksam. „Von der Sektengeschichte hatten wir keine Ahnung“, diktiert der Direktor in den Journalistenblock. Im August 2000 erfährt der Zeitungsleser³¹⁰, dass es 1996 eine „politische Anfrage“ im Stadtrat gegeben habe und dass sich der städtische Amtsleiter Jürgen Amberger beim „Sektenbeauftragten der Diözese Würzburg“ erkundigt habe. Graf Magnis habe geantwortet, er „könne sich nicht vorstellen, gewerbliche Aktivitäten aus weltanschaulichen Gründen zu verbieten“. Hier schließt sich in gewisser Weise der Kreis. Zwölf Jahre, nachdem er eine Lawine losgetreten hatte, die noch immer rollt, war endlich auch der katholische Graf über die Rechtslage informiert. Auf ein Wort der Entschuldigung von ihm über die Geschäftsschädigung und den nicht berechenbaren Schaden für rechtschaffene Bürger, der in all den Jahren entstanden ist und weiter entsteht, wird man wohl vergeblich warten.

Als im Frühjahr 2002 in Frankenthal ein Ökoladen von Lebe gesund! und eine Filiale des Second-hand-Möbelhauses Das Karussell eröffnen, zieht Thomas Brückelmeier von der Rheinpfalz (6.3.02) alle Verleumdungsregister. Er zitiert vom Berliner Senat 231 über die Landesregierung von Rheinland-Pfalz³¹² bis zum katholischen Rufmordbeauftragten Bussen, was er nur an Verunglimpfungen finden kann. Bussen und sein protestantischer Kollege Ziegert halten Vorträge in dem Städtchen – der Umsatz in den Läden sinkt. Der FDP-Landtagsabgeordnete Peter Schmitz versucht aus dieser Diskriminierung noch politisches Kapital zu schlagen, indem er im April 2002 eine Landtagsanfrage einbringt: Ob es zutrefte, dass die Landesregierung von Rheinland-Pfalz vor dem Universellen Leben gewarnt habe und warum? Wohlgermerkt: Er fragt nicht, was man den Urchristen konkret vorwerfen kann, was sie also nachweisbar Unrechtes tun. In ihrer Antwort (11.4.02) stellt Sozialministerin Dreyer fest, „umfangreiche juristische Verfahren“ hätten das Ministerium in seiner Einschätzung „bestätigt“. An konkreten Fakten kann man aus der nebulösen Antwort jedoch nur herausdestillieren, dass die Urchristen ab und an Flugblätter verteilen. Rechtfertigt das etwa eine staatliche Warnung?

Wo bleiben die Exorzisten?

Stolz ist auch der Südkurier (14.12.01), dass, „nachdem der SÜDKURIER im Bauernmarkt deswegen vorstellig wurde“, die Produkte von Gut zum Leben aus den Regalen des Radolfzeller Bauernmarktes „verschwanden“. Hier bekommt die „Sekten“-Hysterie unfreiwillig satirische Züge: „Mit Schrecken“, so der Südkurier-Journalist Gerald Jarausch, „wurde am Dienstag ... festgestellt, dass auch hier Produkte der Sekte vertrieben und

verkauft werden“. Fast sieht man bei diesen Worten schon einen Exorzisten aufmarschieren, der die Regale mit Weihwasser von der möglicherweise gefährlichen Ansteckung bei Berührung mit den ketzerischen Produkten desinfiziert. Wer weiß, ob nicht irgend ein Hexen-Zauber darauf liegt, der bewirkt, dass sie so verdammt gut schmecken? „Die sind eigentlich überall vertreten und sehr freundlich“, sagt eine Einkäuferin. (Vielleicht ein Liebeszauber?) Man sieht an diesem Beispiel, wie tief mittelalterliche Denkmuster („Mit Ketzern Geschäfte zu machen, kann uns alle den Kopf kosten!“) noch im kollektiven Unterbewusstsein stecken können. Vier Tage später (18.12.01) hat der Südkurier auch den Marktstand im benachbarten Singen im Visier.

Verleumdung mit Schutzgeld-Erpressung?

Auch der Mannheimer Morgen hetzt am 26.11.92 mit Zitaten der Verleumdungsbeauftragten Bussen (Speyer) und Behnk (München) gegen den Marktstand auf dem Mannheimer Marktplatz („Gläubige beißen bei Körnerbrot an“). Die Grünen beten die Verleumdungen in ihrer Hauszeitung Grüne Liane (Febr. 93) nach. Als zusätzlich ein neuer Laden eröffnet wird, ist es Helga Lerchenmüller von der Aktion Bildungs-Information (ABI) aus Stuttgart, die im Mannheimer Morgen (10.3.94) Stimmung gegen Gut zum Leben macht: Die Praktiken seien ähnlich wie bei der „Scientology-Sekte“. In Wirklichkeit ist die ABI selbst eine höchst zwielichtige Unternehmung: Sie maßt sich an, die Qualität verschiedener Bildungseinrichtungen zu bewerten, obwohl sie zu diesen quasi in Konkurrenz steht – ABI veranstaltet nämlich selbst Kurse für Schüler. Mit Vorliebe verbreitet der Verein Gerüchte über diverse Unternehmen, indem er sie z.B. öffentlich anschwärzt, sie stünden einer „Sekte“ – bevorzugt: Scientology – nahe. Die ABI-Vertreter lassen aber andererseits sehr rasch wieder von ihren Opfern ab, wenn diese sich etwa zum Kauf einer mehrere tausend Mark teuren „Namensliste“ angeblicher Scientologen in der Wirtschaft bereit erklären. 313 Auch so kann man Geld verdienen – und nebenbei noch staatliche Zuschüsse des Landes Baden-Württemberg in Höhe von DM 200 000 jährlich einstreichen.

Obwohl sich solche Praktiken allmählich herumgesprochen haben sollten, benutzen Kirchen, Medien und Politiker des „Ländle“ die ABI nach wie vor als willkommenen „Sekten-Bello“, der im Experten-Habitus zur gegebenen Zeit religiöse Minderheiten „ankläffen“ darf. Man macht sich ja nur ungern selber die Hände schmutzig. Die ABI war im September 1994 auch in Stuttgart zur Stelle, als der Journalist Ulrich Pick in der Stuttgarter Zeitung (12.9.94) den Marktstand von Gut zum Leben in der dortigen Markthalle angriff („Menschenfang“, „Wolf im Schafspelz“). Wer da mitarbeite, so Helga Lerchenmüller, der sei „für seine Familie verloren“ – obwohl gerade die Urchristen sich mit Hilfe der Bergpredigt des Jesus von Nazareth dafür einsetzen, dass es in den Familien und Ehen friedlich zugeht. Der lutherische Rufmordbeauftragte Walter Schmidt fügte hinzu, es handle sich um eine Organisation, die „ein eiskaltes Management steuert und vermarktet“. Wirtschaftsbürgermeister Blessing verkündete in den Stuttgarter Nachrichten (15.9.94), er wolle sich dafür stark machen, „dass die Sekte nicht in der Markthalle bleiben darf“. Gegen Minderheiten vorzugehen war schon immer etwas für „starke Männer“. Und für schwache Journale wie die Stuttgarter Szene-Zeitung Lift, die im März 1995 und im Mai 1996 über die „totalitären Urchristen“ und ihren Marktstand herzieht: Steter Verleumdungstropfen höhlt den Stein. Marktamtsleiter Lothar Breitzkreuz äußert bei dieser Gelegenheit ganz ungeniert, dass er es „bedauert“, dass die Gut-zum-Leben-Mitarbeiter ihre Waren ordnungsgemäß verkaufen und daher keinen Anlass zum „Einschreiten“ liefern.

ABI meldete sich auch 2001 wieder zu Wort, als es galt, der Stadt Stuttgart gegen einen „gefährlichen“ Marktstand der von Urchristen geführten Firma Lebe Gesund! beizustehen. Am 14.7.01 hatte der „Internationale Ausschuss des Stuttgarter Gemeinderats“ noch einen

Preis der Theodor-Heuss-Stiftung bei einem Wettbewerb für „neue Bündnisse für Demokratie“ erhalten – Oberbürgermeister Wolfgang Schuster lobte das „gegenseitig Verständnis und die Toleranz“ in der Stadt. Doch wenig später kündigte die Stadt den „Lebe-Gesund!-Stand in der Markthalle unter dem Vorwand, man habe dort „Propaganda“ für die „Sekte“ gemacht. In Wirklichkeit war lediglich in einer am Stand ausliegenden Informationsbroschüre am Ende eine Anzeige des urchristlichen Verlages DAS WORT enthalten. Die im Stuttgarter Stadtrat vertretenen Parteien und ein Teil der Stuttgarter Medien rissen sich förmlich um die „Ehre“, den „Ketzer“ jetzt endlich den wirtschaftlichen Garaus machen zu dürfen. Stadtrat Andreas Reißig 314 von der SPD forderte in einem Antrag, den Stand aus der Markthalle zu werfen und warf CDU-Ordnungsbürgermeister Beck vor, „bei der Sektenbekämpfung total versagt“ zu haben (Stuttgarter Zeitung, 23.6.01). Der Journalist Michael Ohnewald von der Stuttgarter Zeitung bezeichnet den CDU-Mann als „schlafmützig“ – woraufhin dieser in derselben Zeitung seine negative Einstellung zu religiösen Minderheiten durch die Worte bekundet, er wundere sich „sowieso darüber, wie viele Leute da kaufen, obwohl man seit Jahren weiß, wer hinter diesem Laden steckt“ (Stuttg. Zt., 26.6.01), ein „boykottähnlicher Aufruf“, wie der Lebe Gesund!-Anwalt feststellt (Stuttg. Zt., 28.6.01). Auch Werner Wölfler von den Grünen fordert ein Verbot des Marktstandes. Den Vogel schießt jedoch der CDU-Fraktionsvorsitzende Föll ab. Er schreibt am 19.7.01 im Amtsblatt Stuttgart (das eigentlich ein weltanschaulich neutrales Forum sein sollte!), es handle sich hier um eine „verachtenswerte Organisation“, die man „ächten“ müsse – und beruft sich bei diesem Urteil auf die Verleumdungsbeauftragten der Kirchen. Föll wird daraufhin vom Anwalt der Firma Lebe Gesund! wegen Volksverhetzung angezeigt. Eberhard Kleinmann von der ABI geht nun als „Beobachter“ des Universellen Lebens an die Presse, spricht (weit übertrieben) von „mehr als 100 Wirtschaftunternehmen“, die dem „fundamentalistischen Endzeitkult“ 315 Universelles Leben nahe stünden, und lügt wiederum, man werde dort „weit unter Tarif bezahlt“ 316 – was zu behaupten ihm prompt gerichtlich untersagt wird.

Doch in Stuttgart ist man entschlossen, den bei den Kunden beliebten, aber von den Kirchen auf den Index gesetzten Biostand loszuwerden. Um den religiös-inquisitorischen Hintergrund des Rauswurfs zu kaschieren, ersetzt man die erste Kündigung – „Begründung“: angebliche religiöse Werbung – durch eine zweite, die gar keine Begründung mehr enthält. Die Stadt beruft sich darauf, es handle sich bei der Markthalle um keine öffentliche Einrichtung, weshalb sie ohne Angabe von Gründen kündigen dürfe. Die Firma Lebe gesund! wehrt sich gerichtlich gegen den Rauswurf, erhält jedoch in den ersten beiden Instanzen nicht recht, da die Gerichte dieses leicht durchschaubare Manöver durchgehen lassen. Dass die Kündigung ganz offensichtlich aus Glaubensgründen geschah, interessiert die Richter nicht. Auch der Bundesgerichtshof weigert sich, der Firma zumindest bis zur endgültigen gerichtlichen Entscheidung vorläufigen Rechtsschutz zu gewähren – der Stand muss Ende August 2002 geräumt werden. Wann der Bundesgerichtshof verhandeln und entscheiden wird, dann wohl auch über einen immensen Schadensersatz durch die Stadt Stuttgart, ist bei Drucklegung dieses Buches noch nicht absehbar. [Aktualisierung]: Auch dieser Prozess verlief später im Sande - die religiöse Sozialisierung der meisten Richter lässt sich offenbar nicht so ohne weiteres abschütteln.

Es bleibt immer etwas hängen

Es ist angesichts der Vielzahl von Angriffen auf von Urchristen betriebene Marktstände ein Wunder, dass die Mehrzahl von ihnen noch immer tagtäglich ihre Produkte anbieten kann. Wie viele Kunden durch die ständige Verleumdungsarbeit dauerhaft vom Kauf abgeschreckt worden sind und welcher finanzielle Schaden dadurch entstanden ist, kann niemand ermessen. Und dies ist nur ein Teilbereich der wütenden Angriffe von kirchlicher Seite auf

von Urchristen betriebene Einrichtungen und Unternehmungen. Fest steht, dass die Kampagne ungebremst weiter läuft: Während dieses Kapitel geschrieben wird, im Januar 2002, erscheint im Stern (3/02) eine Notiz: Es habe sich herausgestellt, dass über die Internetseite des Landwirtschaftsministeriums eine Verbindung zum „Lebe Gesund!“-Versand hergestellt worden war. Dadurch habe die „totalitäre Christen-Sekte“ Universelles Leben „am Bio-Boom nach BSE“ kräftig verdient. Der Werbe-Link sei inzwischen „gekappt“ worden. Das Ministerium wird daraufhin vom Lebe Gesund!-Versand aufgefordert, die Verknüpfung wieder herzustellen und tut dies auch – doch die Verleumdungen sind einmal mehr in der Welt. Denn Verleumder setzen auf die alte Maxime: Semper aliquid haeret – es bleibt immer etwas hängen, auch wenn man die Diskriminierung zurücknimmt.

Fußnoten

- 287 Ausgabe Nord-Eifel, 2.7.93
- 288 Abendzeitung, 15.5.90
- 289 Abendzeitung, 14.7.95
- 290 Huberuts Mynarek, Die neue Inquisition, Marktheidenfeld 1999, S. 150 ff.
- 291 Arbeitsgemeinschaft naturgemäßer Obst- und Gartenbau
- 292 Hanauer Anzeiger, 18.10.97
- 293 Hanauer Anzeiger, 18.4.98
- 294 Wiesbadener Tagblatt, 14.2.01
- 295 Hessen 3, 2.3.94, „Alles bio oder was?“
- 296 Dreieich-Spiegel, 15.11.97
- 297 „Luthers totalitäres Regime vor Gericht – eine religiöse Minderheit wehrt sich“, Verlag Das Weiße Pferd Marktheidenfeld, 2002, S. 86
- 298 Badische Neueste Nachrichten, 19.10.01
- 299 Abendzeitung Nürnberg, 17.11.01
- 300 Fürther Nachrichten, 3.2.98
- 301 Schwabacher Tagblatt, 18.11.98
- 302 Schwabacher Tagblatt, 18.3.98
- 303 Sindelfinger Zeitung, 1.10.96
- 304 Kreiszeitung/Böblinger Bote, 5.10.96
- 305 Reutlinger Wochenblatt, 5.11.97
- 306 Schwäbisches Tagblatt, 11.11.97
- 307 Frankenpost, Dez. 97
- 308 Südkurier, 16.5.00
- 309 Gelnhäuser Tageblatt, 3.12.97
- 310 Offenbach-Post, 19.8.00
- 311 S. 389 f.
- 312 S. 383 ff.
- 313 vgl. Saldo, Südwestrundfunk, 30.4.01
- 314 Reißig ist im Hauptberuf persönlicher Referent der SPD-Landtagsabgeordneten Carla Bregenzer – vgl. S. 307 ff. und S. 391 ff.
- 315 Südkurier, 12.12.01